

Keine Finanzierung der Gesundheitsversorgung anerkannter Flüchtlinge mit Beitragsgeldern

Beschluss des Deutschlandtages vom 14. bis 16. Oktober 2016 in Paderborn

Die Junge Union Deutschlands fordert die im Juli 2016 getroffene Entscheidung über die Entnahme aus dem Gesundheitsfonds zur Finanzierung der Gesundheitsversorgung anerkannter Flüchtlinge zu korrigieren und eine Finanzierung der Gesundheitsausgaben von SGB-II-Leistungsbeziehern aus Steuermitteln. Sobald Asylbewerber anerkannt (und arbeitslos sind), erhalten diese Sozialleistungen aus den Mitteln der Jobcenter. Eine Finanzierung aus den Beiträgen der Sozialversicherung widerspricht dem Solidarprinzip und belastet einseitig die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Arbeitgeber. Zur kostendeckenden Finanzierung ist die Erhöhung der Pauschale von monatlich 90 Euro auf mindestens 140-150 Euro erforderlich.

Ein entsprechender Antrag ist auf dem Parteitag der CDU zu stellen.